

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 9

Rubrik: Liebe Leser

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

LIEBE LESER

Auf Seite 6 dieser Nummer beschreibt Prof. Revesz den neu aufgefüllten Souveränitätsbegriff in der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik; mit dem bisher beglaubigten Begriff der angeblichen sozialistischen Souveränität hat das nichts mehr gemein.

Wenn heute ein estnischer Professor in einer kommunistischen Parteizeitung Estlands in aller Ruhe schreiben kann, die Souveränität seines Landes (wiederum Estland und nicht etwa die Sowjetunion) schliesse das Recht zur Aufstellung eigener Streitkräfte ein, auch wenn man von diesem Recht bis auf weiteres keinen Gebrauch mache, ist das eine Unglaublichkeit, die zur Realität geworden ist.

Von Moskau wird diese Realität zwar nicht anerkannt, aber (einstweilen?) hingenommen. Estland hatte im letzten Herbst in einem Beschluss seines Obersten Sowjets einseitig seine «unteilbare» Souveränität proklamiert und einheimisches Recht vor das Sowjetrecht gestellt. Der Oberste Sowjet hatte das für ungültig erklärt, und Estland wiederum spricht dieser Ungültigkeitserklärung ihre Verbindlichkeit auf estnischem Territorium ab. So bestehen zwei verschiedene Lesarten vom Status der Sowjetrepubliken momentan nebeneinander.

Dass nationales Aufbegehren auch anders behandelt werden kann, und zwar noch lange vor einer so offiziellen Kündigung der sowjetischen Oberhoheit, hat man im Fall von Armenien und kürzlich von Georgien gesehen. Dort ist es zu zwei Präzedenzfällen gekommen, die man schwer gegeneinander aufwiegen kann. Einerseits haben die Streitkräfte gegen Demonstranten ein Giftgas eingesetzt, welches als Tränengas getarnt war. Und andererseits hat dieses Vorgehen sozusagen eine parlamentarische Untersuchungskommission aktiv werden lassen, die es überhaupt noch nicht gibt. Gewählte Abgeordnete in den Volksdeputiertenkongress (der nicht einmal fertig bestellt ist) entsandten auf eigene Initiative eine Abordnung nach Tiflis und rapportierten dann in Moskau. Was genau versprüht wurde und wer genau den Befehl dazu gegeben hat, konnten sie nicht herausfinden.

Man hat von der Perestrojka gesagt, ihre Tauglichkeit werde daran zu messen sein, wie sie die materiellen und die sozialen Ansprüche der Sowjetbürger zu befriedigen vermöge. Wie immer es um dieses längerfristige Kriterium bestellt sein möge (für viele Sowjetbürger sind Freiheiten ein ebenso existentielles Bedürfnis geworden wie Butter und Wohnung), es scheint vom vorgezogenen Kriterium der nationalen Frage überholt zu werden.

Christian Brügger

SWAPO

ursprünglich «Ovamboland People's Congress», der 1957 gegründet wurde. Ein Jahr danach in «Ovamboland People's Organisation» (OPO) umbenannt. Erhielt vorab Unterstützung vom 1912 in Südafrika gegründeten Afrikanischen National-Kongress (African National Congress, ANC). 1960 «formierte» sich die OPO neu zur «South West Africa People's Organisation» (Swapo). Die Swapo definiert sich als eine «nationale Befreiungsbewegung», die «in sich alle Volksgruppen mit dem Ziel vereinigt, vollständige Unabhängigkeit und soziale Befreiung zu erreichen».

Das Etikett «nationale Befreiungsbewegung» scheint den berechtigten Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit auszudrücken, der aus einer Bevölkerung kommt, die unter Fremdherrschaft leidet (litt). Die Bezeichnung will den Eindruck erwecken, dass die übergrosse Mehrheit der namibischen Völker die Swapo unterstützt. Dem ist nicht so. Die Swapo hat ihren Anhang unter den Ovambo. Mit einer halben Million Menschen machen die Ovambo die Hälfte der namibischen Bevölkerung aus. Die Ovambo bestehen aus sieben ethnisch verwandten Gruppen. Die «stärkste» sind die Kwanyama. Sie haben auch das Sagen innerhalb der Swapo. Nun sind die Kwanyama sowohl in Namibia als auch im Süden Angolas heimisch. Für sie existierte nie eine Grenze. Im Ersten Weltkrieg unterstützten die Kwanyama (Angolas und Namibias) die Deutschen; viele von ihnen sprechen noch heute Deutsch.

Wenn nun die sogenannten Flüchtlinge aus Südanfola nach Namibia zurückkehren, so dürfte die UNO kaum in der Lage sein festzustellen, ob es sich hierbei um echte namibische oder um angolanische Bürger handelt.

len westlichen Geheimdiensten – oder wurden ihnen zugespült – detaillierte DDR-Dokumente über die «Übergangsphase in den befreiten namibischen Gebieten» in die Hände: Aus diesen ging unter anderem hervor, dass eine «Schattenverwaltung» von ostdeutschen Funktionären, Beamten und Offizieren in Angola den Ernstfall in der bis zum Ersten Weltkrieg kaiserlich-deutschen Kolonie übt. Der Plan sah vor, dass sich in den von der Swapo «kontrollierten» Gebieten das Volk erhebt. Dieser «Volksaufstand» sollte mit Sabotageakten und Terroraktionen gegen Weisse – vor allem im Norden und im Nordosten (Caprivi-Zipfel) – koordiniert werden. Die nachfolgenden ostdeutschen Verwalter hätten die «befreiten» Ortschaften und Städte unter ihre Kontrolle nehmen sollen.

Offenbar sollten am vergangenen 1. April die alten Pläne «reaktiviert» werden oder zumindest ein Versuch zu deren Verwirklichung unternommen werden. Nicht einkalkuliert wurde, dass der Zug der Zeit nicht rückwärts fährt, auch nicht in der Sowjetunion. Doch beschleicht einen ein ungutes Gefühl, sollte diese Swapo dereinst in Windhuk regieren. ■

Siehe Zusammenhänge Seite 4

dem Höhepunkt ostwestlicher Entspannung begonnene Angola-Abenteuer kosteten den Kreml bis jetzt etliche Dollarmilliarden, das angolansische Volk bisher nahezu eine Viertelmillion Tote.)

Kein zweites Angola

Das Vorgehen der Swapo ist nicht neu. In Namibia hätte wiederholt werden sollen, was in Angola mit Erfolg von der marxistischen Volksbewegung (MPLA) mit Unterstützung der Kubaner praktiziert wurde:

Schon März/April 1975 – und damit ein halbes Jahr vor der Unabhängigkeit – waren sowjetische Waffen und kubanische Truppenkontingente in Luanda, der angolansischen Hauptstadt, eingetroffen. Heute stehen einige tausend Kubaner und MPLA-Soldaten an der Grenze zu Namibia bei Xangongo und Ondjiva.

In den Alvor-Abkommen vom Januar 1975 hatte Portugal den drei angolansischen Unabhängigkeitsbewegungen, MPLA, Unita und FNLA (Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas und Nationale Befreiungsfront von Angola), die Staatsgewalt in einer gemeinsamen Übergangsregierung zugesprochen. Im Juli jedoch erklärte der in Luanda etablierte, von portugiesischen Kommunisten, revolutionären Offizieren und fremden Truppen unterstützte MPLA-Regierungsteil die Auflösung der Übergangsregierung und übernahm ohne Wahlen die Regierungsgewalt über ganz Angola.

Zuvor und danach gingen MPLA und Kubaner folgendermassen vor: Hatten sie sich – beispielsweise in Luanda – in einem Quartier festgesetzt, erklärten sie dieses als «befreit», als «ihr Territorium». Quartier- und Blockwärts wurden zur Kontrolle der Bevölkerung und zur «Mobilisierung der Massen» geschaffen. Aus jenen Tagen stammt auch ein Schreiben des früheren portugiesischen Admirals (der «rote Admiral») Rosa Coutinho an den MPLA-Präsidenten Agostino Neto, die Weissen «mit allen Mitteln, auch mit jenen des Terrors», aus dem Lande zu treiben.

Sam Nujoma hatte 1978 – nach einem Besuch zu Jahresanfang in Ost-Berlin – in der Militärbasis Cassinga in Angola erklärt, dass 1978 das Jahr der Befreiung durch den bewaffneten Kampf sein würde. Damals fie-